



Herrn
Dr. Günter Metzges
Vorstand des Campact e.V.
Artilleriestr. 6
27283 Verden

Ihre Nachricht vom
Ihr Zeichen

Unsere Nachricht vom
Unser Zeichen C 1 1 - 2680-154-111

München, 27.05.2013
Durchwahl: 089 2165-0

EU-Konzessionsrichtlinie und kommunale Trinkwasserversorgung

Sehr geehrter Herr Dr. Metzges,

auf seiner Internetseite ruft Campact e.V. dazu auf, sich heute telefonisch an Vertreter der Bayerischen Staatskanzlei zu wenden und sich persönlich gegen eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung auszusprechen. In seinem Internetauftritt wendet sich Campact e.V. auch im Übrigen dezidiert gegen jegliche Überlegungen hinsichtlich einer Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung. Ich nehme dies zum Anlass, Ihr Netzwerk über das Engagement der Bayerischen Staatsregierung zu diesem wichtigen Thema zu informieren.

Anlass für die Initiative von Campact e.V. ist die geplante EU-Konzessionsrichtlinie, die auch für die kommunale Trinkwasserversorgung gelten soll.

Die Bayerische Staatsregierung ist jedoch der Auffassung: Wasserversorgung gehört in kommunale Hand! Deswegen setzt sich die Bayerische Staatsregierung seit Langem mit Nachdruck dafür ein, dass die kommunale

./.

Wasserversorgung aus dem Geltungsbereich der geplanten Richtlinie ausgenommen wird, um jegliche Auswirkungen der Richtlinie auf die kommunale Trinkwasserversorgung von vornherein auszuschließen.

Schon im März letzten Jahres konnte Bayern die Forderung nach einer Herausnahme der Trinkwasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der geplanten Richtlinie in der Stellungnahme des Bundesrates verankern. Staatsminister Herrmann und Staatsminister Dr. Huber haben dieses Anliegen im November in einem gemeinsamen Schreiben an den zuständigen EU-Kommissar Barnier unterstrichen. Staatsministerin Müller hat sich gegenüber Mitgliedern des Europäischen Parlaments und hochrangigen Beamten der europäischen Institutionen dafür stark gemacht, dass die Wasserversorgung in kommunaler Zuständigkeit verbleiben muss. Zudem hat sie dieses Anliegen Anfang Februar 2013 gemeinsam mit Staatsminister Herrmann noch einmal persönlich in einem Gespräch mit dem verantwortlichen EU-Kommissar Barnier verdeutlicht. Bayern hat auch durchgesetzt, dass sich der Bundesrat noch einmal dieses Themas angenommen und seine Forderung erneuert hat.

Kommissar Barnier hat Ende Februar in einer Rede vor dem Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments nun zumindest ein gewisses Einlenken gezeigt. Kommissar Barnier und der Berichterstatter des Europäischen Parlaments, Philippe Juvin, kündigten Änderungen an, die in die Verhandlungen zwischen Rat, Europäischem Parlament und Kommission eingebracht werden sollen. Es soll eine Klarstellung erfolgen, dass keine Privatisierung des Wassersektors verlangt werde. Darüber hinaus schlug Kommissar Barnier einen neuen Kompromiss für Mehrspartenbetriebe vor.

Das sind Schritte in die richtige Richtung und ein Teilerfolg auch der bayerischen Bemühungen in dieser Sache. Die Staatsregierung wird die Entwicklungen in den Verhandlungen zwischen Rat, Europäischem Parlament und Kommission nun weiterhin genau beobachten. Es bleibt das Ziel der Bayerischen Staatsregierung, eine gänzliche Herausnahme der kommunalen

len Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der geplanten Richtlinie zu erreichen.

Auch gegenüber der Bundesregierung hat sich die Staatsregierung gegen jegliche Privatisierungstendenzen gewandt. Bundeswirtschaftsminister Rösler hat kürzlich betont, dass der Situation vieler Stadtwerke Rechnung getragen werden müsse.

Die Bayerische Staatsregierung wird sich auch weiterhin mit vollem Einsatz für die Interessen der bayerischen Kommunen und Bürger in Bezug auf dieses wichtige Thema starkmachen und bewertet es positiv, dass Campact e.V. sich für diese Ziele einsetzt. Ich würde mich freuen, wenn Sie dieses Schreiben auf Ihrer Internetseite zur Verfügung stellen könnten, um allen Interessierten diese Informationen zugänglich zu machen.

Mit freundlichen Grüßen



Karolina Gernbauer
Ministerialdirektorin